

Das Sozialversicherungssystem hat wesentlich zur sozialen Sicherheit, zum sozialen Frieden und damit zur Stabilität des Landes beigetragen. Diesem Sozialsystem stellen sich heute jedoch enorme Herausforderungen. Deshalb ist es notwendig, sich über dessen Neugestaltung Gedanken zu machen.

Text von Harry Hasler, harry.hasler@icloud.com

NUR WAS SICH ÄNDERT, BLEIBT SICH TREU

Das Altersvorsorgesystem beruht auf dem 3-Säulen-Prinzip: Die (staatliche) AHV dient der finanziellen Sicherung des Existenzbedarfs im Alter. Die (berufliche) Pensionskasse soll im Alter die gewohnte Lebenshaltung in angemessener Weise ermöglichen. Durch die private Vorsorge soll die eigene Vorsorgesituation verbessert werden.

Dieses System kann aber seine Versprechungen nicht mehr uneingeschränkt einhalten. Die maximale AHV-Rente von 2'320.- Franken vermag allein den Existenzbedarf nicht zu sichern, die Pension oder Pensionskasse lässt bei einem gesetzlichen Mindestbeitrag von 8 % keine gewohnte Lebenshaltung zu und eine private Vorsorge können sich viele nicht leisten. Dies führt dazu, dass der Bedarf nach steuerlich finanzierten Ergänzungsleistungen jährlich zunimmt (2019 hatten 495 in Liechtenstein lebende Altersrentner*innen Anspruch auf Ergänzungsleistungen, mit Verwitweten und IV-Rentnern gar 830 Personen).

Alle wollen länger leben, aber wer zahlt die Kosten?

Die AHV ist konfrontiert mit einer immer grösser werdenden Anzahl von Rentnern und der steigenden Lebenserwartung dieser Rentner. Das Verhältnis von Erwerbstätigen zu Rentnern wird weiter sinken. Dieses Demografie-Problem führt zu immer schärferen und lösungerschwierigen Umverteilungskämpfen bei der zukünftigen Finanzierung der AHV.

Eine Anhebung des Leistungsniveaus bei der AHV darf nicht erwartet werden. Als Stellschrauben, das finanzielle Gleichgewicht zu wahren, werden immer wieder die Erhöhung des Rentenalters und der Beiträge bzw. ein höherer Staatsbeitrag genannt. Aber solche Erhöhungen können nicht beliebig weitergeführt werden.

Zwar sind auch die Pensionskassen von der Demografie betroffen, aber anders als die AHV-Renten werden die Pensionen aufgrund der längeren Lebensdauer jährlich gekürzt oder durch die Auszahlung des Freizügigkeitskontos wird das Anlagerisiko an den Versicherten weitergegeben. Der die Rentenhöhe bestimmende Umwandlungssatz lässt sich in Liechtenstein (anders als in der Schweiz) relativ einfach senken. Auf Kosten der zukünftigen Pensionäre wird so die Pensionskasse stabilisiert. Dazu kommt, dass wegen den nicht ausreichend finanzierten Pensionen der Leistungsbezüger jährlich eine erhebliche Umverteilung in Millionenhöhe von den Beitragszahlern an die Pensionisten erfolgt.

Neue Lebensmodelle bedingen neue Ansätze

Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Modelle haben sich seit den 1950er Jahren bei der Einführung der AHV massiv verändert. Die Altersvorsorge geht aber noch von den gleichen Voraussetzungen aus.

Es muss in der Wirtschaft die Möglichkeit geschaffen werden, vermehrt gleitend, also durch Reduzierung des Arbeitspensums, in den Rentenruhestand eintreten zu können.

So wurde etwa versäumt, eine Familien- und Arbeitspolitik umzusetzen, welche es für junge Generationen attraktiv macht, Kinder zu haben. Während die Kosten fürs Alter sozialisiert werden, sind Kinderkosten hauptsächlich Privatsache. Kinder sind das Armutsrisiko Nummer eins. Durch eine bessere Vereinbarkeit von Erwerb, Betreuung und Erziehung könnte der Frauenanteil in der Erwerbsarbeit erhöht werden, wobei das Erwerbseinkommen über dem Eintrittsschwellwert der Pensionskassen liegen muss, damit dieses rentenbildend ist. Vor allem aber sind gegen die Altersarmut die gesetzlichen Mindestbeitragsätze, die für die Pensionskassen gelten, zu erhöhen.

Es muss in der Wirtschaft die Möglichkeit geschaffen werden, vermehrt gleitend, also durch Reduzierung des Arbeitspensums, in den Rentenruhestand eintreten zu können. Wünschenswert wäre auch, dass es ein Angebot von Teilzeitarbeit für aktive Rentner gibt (als 4. Säule).

Bereits vor mehr als 10 Jahren plädierte der Wirtschaftsethiker Peter Ulrich für einen Systemwechsel: «Es geht nicht um Geld, sondern darum, in welcher Gesellschaft wir leben wollen.» Das bedingungsloses Grundeinkommen soll existenzsichernd sein und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen, das ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Zwang zu Arbeit. Gerade in der aktuellen coronabedingten Wirtschaftskrise hat sich der Ruf danach verstärkt. Natürlich gibt es Diskussionen um die richtige Höhe, um die Wirkungen auf Gesellschaft und Wirtschaft sowie Zweifel, ob eine Finanzierung überhaupt möglich ist. Es ist aber eine neue gesellschaftliche Vision, deren Wirksamkeit natürlich noch zu prüfen sein wird.

Gelingt es uns nicht, einen angemessenen Lebensunterhalt zukünftiger Generationen zu sichern, wird das soziale Gefüge ausfransen und ein weiterer Anstieg des Populismus mit all seinen negativen Folgen wird unvermeidlich sein.

